

Was ist Gerechtigkeit?

Soziale Marktwirtschaft als Grundlage für Gerechtigkeit in einer modernen Gesellschaft



inism.de/Gerechtigkeit

facebook.com/marktwirtschaft

INITIATIVE
NEUE **SOZIALE**
MARKTWIRTSCHAFT

Wie viel dürfen Manager verdienen? Welcher Stundenlohn ist für harte Arbeit angemessen? Und wie hoch sollen Sozialleistungen und Steuersätze ausfallen? Moderne Gesellschaften führen fortwährend Gerechtigkeitsdebatten. Zahlreiche Studien belegen: Nahezu jeder Mensch hat ein grundlegendes Bedürfnis nach Gerechtigkeit. Was jedoch der Einzelne unter diesem abstrakten Begriff versteht, bleibt meist unklar. Dabei ist das individuelle Empfinden nicht unbedingt ein guter Indikator, um festzulegen, was fair und was unfair ist. Denn es ist stark evolutionär geprägt und in einer Zeit entstanden, als es noch keinen nennenswerten Zuwachs an Wohlstand gab.

In einer modernen Gesellschaft müssen somit andere Gerechtigkeitsmaßstäbe gelten als in Jäger-und-Sammler-Gesellschaften. Eine zentrale Rolle spielt heute der

Ordnungsrahmen, der Regeln und Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns festlegt – und somit (mit-)entscheidend ist für die Verteilung und den Zuwachs von Gütern und Dienstleistungen.

Das Urteil über eine Wirtschaftsordnung ist dabei immer stark abhängig von der Beurteilung der Gerechtigkeit sozialer und ökonomischer Zustände. In der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland hat sich innerhalb der letzten Jahre mehr und mehr das Konzept der Chancen- oder Teilhabegerechtigkeit gegenüber der reinen Verteilungs- oder Leistungsgerechtigkeit durchgesetzt. Neben einem einheitlichen theoretischen Verständnis dafür, was unter Gerechtigkeit zu verstehen ist, bleibt es jedoch entscheidend, wie diese Gerechtigkeitsvorstellungen realisiert werden können.

Impressum

Grundlage des Textes: Studie „Internationaler Gerechtigkeitsmonitor 2013“ von Dr. Dominik H. Enste, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der INSM

Herausgeber: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM GmbH, Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Geschäftsführer: Hubertus Pellengahr

Ansprechpartner: Julia Saalmann

Grafische Gestaltung: Serviceplan Berlin GmbH & Co. KG

Stand: Januar 2013

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

Was ist Gerechtigkeit?

Konzepte und Sichtweisen

Grundsätzlich lassen sich sechs Gerechtigkeitsprinzipien unterscheiden: Verfechter des Prinzips der **Einkommensgerechtigkeit** sind der Meinung, dass in einer gerechten Gesellschaft Güter und Lasten möglichst gleich zwischen den Menschen verteilt sein sollten. Intuitiv erscheint diese Maxime wohl den meisten unter uns zunächst als gerecht. Auf den zweiten Blick wird jedoch deutlich, dass eine vollkommen identische Güterausstattung nicht jeden Menschen zufriedenstellen kann.

Beziehen wir zusätzlich die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen mit ein und möchten allen möglichst das geben, was sie zum Leben brauchen, so sprechen wir von **Bedarfsgerechtigkeit**. Nach diesem Konzept ist eine Gesellschaft also dann gerecht, wenn jedem Menschen ein – wie auch immer definierter – Mindestbedarf an Gütern zur Verfügung steht. Bei diesem Anspruch muss zusätzlich Einigkeit darüber herrschen, worin der Güterbedarf eines Menschen genau besteht. Wie vielfältig die Antworten auf diese Frage ausfallen, zeigt sich regelmäßig in den Debatten zur Höhe von Sozialleistungen.

Ein weiterer Gerechtigkeitsmaßstab, der von der Idee der gleichen Verteilung der Güter abweicht, ist die **Leistungsgerechtigkeit**. Nach diesem Konzept nehmen Menschen am Wohlstand einer Gesellschaft in dem Maße teil, wie es ihrer individuellen Leistung

entspricht, auch wenn dies bedeutet, dass eine Gesellschaft Ungleichheiten in Kauf nimmt. In einem marktwirtschaftlichen System, in dem das Prinzip des Wettbewerbs und der Ausgleich von Angebot und Nachfrage über den Preis gelten, kommt allerdings die Knappheit von Gütern als zentrales Kriterium für die Verteilung und Bezahlung hinzu. Die Produkte, Dienstleistungen und Fähigkeiten, die knapp sind, erzielen einen höheren Preis oder Lohn als solche, bei denen ein Angebotsüberschuss besteht. Gibt es beispielsweise in einer Stadt viele Friseure, sinkt der Preis für diese Dienstleistung. Gibt es nur einen, steigt der Preis, obwohl die Dienstleistung die gleiche bleibt.

Eine in der Debatte immer mehr an Gewicht gewinnende Gerechtigkeitsvorstellung ist die **Chancengerechtigkeit**. Sie fordert, dass alle Menschen die Möglichkeit haben sollen, ihre Lebenschancen durch eigene Anstrengung zu gestalten und zu verbessern. Abweichend von den anderen Konzepten bezieht sich die Chancengerechtigkeit also nicht auf das Ergebnis, sondern auf die Ausstattung und den Prozess der Verteilung von Gütern und Lasten. Eine entscheidende Grundlage für die Sicherung von Chancengerechtigkeit ist der Zugang zu Bildung. Nur wenn dieser gewährleistet ist, erhalten Menschen die Möglichkeit, durch eigene Anstrengungen am wirtschaftlichen Leben teilzuhaben und die eigenen Fähigkeiten optimal zu nutzen.

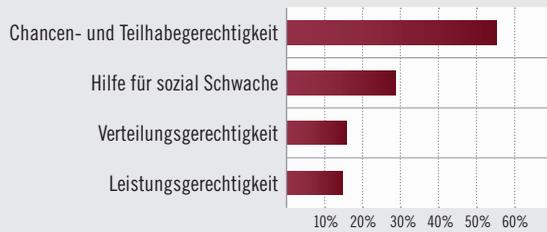
Eng mit der Chancengerechtigkeit verbunden ist das Konzept der **Regelgerechtigkeit**. Das Prinzip: Die Spielregeln bzw. die Gesetze des gesellschaftlichen Zusammenlebens sollen fair sein und für alle ohne Ansehen der Person gelten. Mit anderen Worten: Nicht Einzelfallgerechtigkeit ist hier das Ziel, sondern allgemeine, klare und transparente Regeln, die verlässlich und nachvollziehbar sind – und dem Einzelnen für seine Handlungen möglichst viel Entscheidungsfreiheit lassen.

Der Begriff **Generationengerechtigkeit** verweist auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse verschiedener Generationen. Sie gilt als erfüllt, wenn die künftigen Generationen durch die Entscheidungen der heutigen Generation nicht stärker belastet werden, als sie von ihnen profitieren – und sie damit nicht ihrer Chancen auf eine freiheitliche Lebensgestaltung beraubt werden.

Welchen der hier genannten Maßstäbe für Gerechtigkeit eine Gesellschaft wählt, ist in pluralistischen Demokratien schwer vorherzusagen. Es sind jeweils die Mehrheitsverhältnisse, die über die Umsetzung oder Nichtumsetzung gewisser Gerechtigkeitsprinzipien entscheiden. Grundsätzlich ist es gut, wenn eine Wirtschaftsordnung möglichst viele dieser Gerechtigkeitsvorstellungen abdecken kann.



Was deutsche Politiker unter Gerechtigkeit verstehen



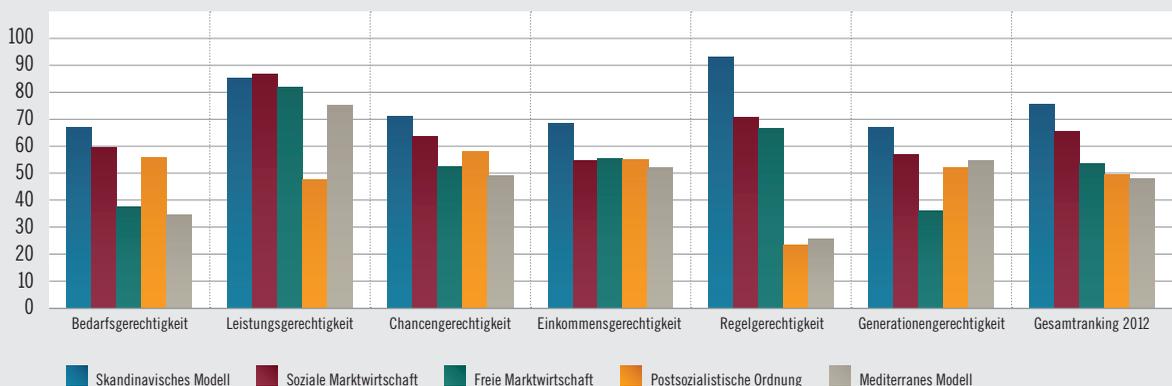
Quelle: Robert B. Vehrkamp und Andreas Kleinsteuber (2007): Soziale Gerechtigkeit – Ergebnisse einer repräsentativen Parlamentarier-Umfrage. Gütersloh, Bertelsmann Stiftung

In der Wirtschaftstheorie lassen sich fünf Grundformen der Wirtschaftsordnung unterscheiden: Auf der einen Seite gibt es die reine marktwirtschaftliche Ordnung, deren Aufbau sich insbesondere an dem Prinzip der Leistungs- und Knappheitsgerechtigkeit orientiert. Derartige Marktformen finden sich insbesondere in angelsächsischen Ländern. Auf der anderen Seite stehen sozialistisch geprägte Wirtschaftsordnungen, in denen Gleichheit oder Bedarfsgerechtigkeit propagiert werden. Die Soziale Marktwirtschaft hingegen

verbindet – wie der Name schon sagt – soziale und marktwirtschaftliche Elemente. Weitere Mischformen der Wirtschaftsordnungen stellen die der europäischen Mittelmeerstaaten und die skandinavischen Länder dar.

Aus Sicht der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft hat die Laissez-faire-Wirtschaft in der Praxis ebenso versagt wie die sozialistische Planwirtschaft. Der Grundgedanke hinter der Sozialen Marktwirtschaft besteht deshalb zum einen in der Wahrung marktwirtschaftlicher Prinzipien für ein funktionierendes Wirtschaftssystem und zum anderen in der Absicherung der Menschen, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind. Anders als in der sozialistischen Wirtschaftsordnung oder in den skandinavischen Ländern sind die Verteilungsaufgaben des Staates jedoch zunächst weniger umfangreich und kommen erst nach der Selbstregulierung der Märkte zum Einsatz.

Gesamtranking für das Jahr 2012 für alle Dimensionen



Quelle: OECD, Weltbank, Eurostat: Studie „Internationaler Gerechtigkeitsmonitor 2013“ des IW Köln, Skala: 0–100

Chancen auf Gerechtigkeit

durch Markt und Staat

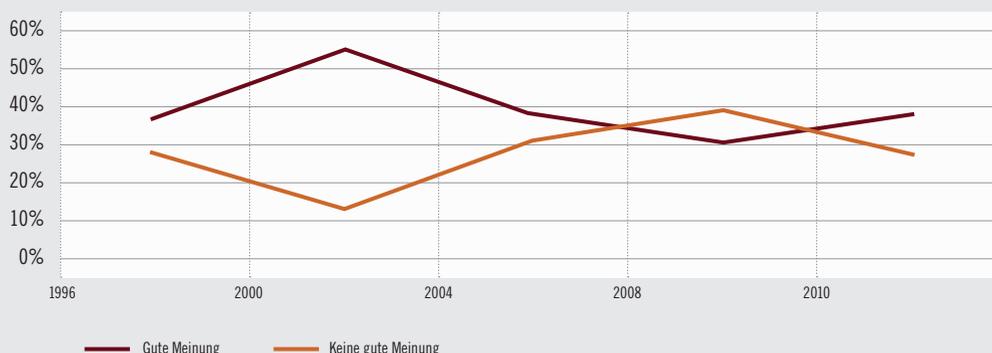
Eine Wirtschaftsordnung gilt gemeinhin als gerecht und gesellschaftlich akzeptiert, wenn sie möglichst viele der bestehenden Gerechtigkeitskriterien erfüllt. Die Soziale Marktwirtschaft ist anderen Ordnungssystemen in dieser Hinsicht überlegen: Das Lohngefälle auf dem Arbeitsmarkt bewirkt, dass mehr Leistung (und mehr Knappheit) honoriert wird – und damit Leistungsgerechtigkeit sichergestellt ist. Zudem garantieren klare, konstante und allgemeingültige Rahmenbedingungen die Einhaltung der Regelgerechtigkeit. Die Beachtung von wirtschaftlichen und sozialen Zielen zeigt sich ebenso durch die Verwirklichung der Chancengerechtigkeit, die innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft durch ein weitgehend kostenfreies Bildungsangebot (Grundschule, weiterführende Schulen) sichergestellt werden soll. Schließlich sorgt die von der Gesellschaft bestimmte Höhe der sozialen Mindestsicherung dafür, dass jeder Mensch in einer Notlage zumindest den Grundbedarf erhält. Ein einziges Gerechtigkeitsprinzip wird in der Sozialen Marktwirtschaft nicht realisiert: die Gleichheit in der Güterausstattung.

Doch dies muss nicht negativ sein, denn Gleichheit mindert Leistungsanreize, behindert Wettbewerb und beschneidet Wachstumschancen – und kann darum mit den meisten anderen Gerechtigkeitsprinzipien nicht koexistieren.

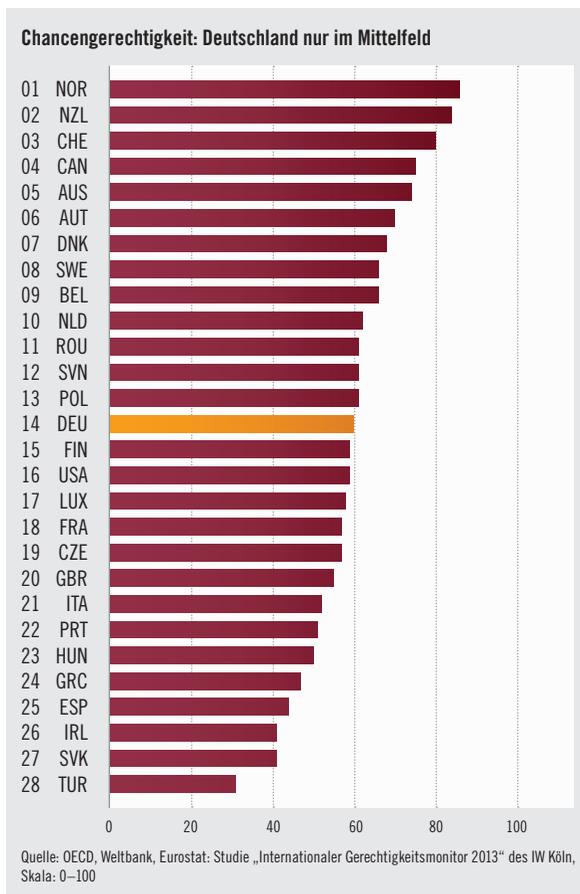
Die Soziale Marktwirtschaft verbindet somit die Stärken der marktwirtschaftlichen und der sozialistisch geprägten Wirtschaftsordnung: Während die Marktelemente dafür sorgen, dass Knappheits-, Leistungs- und Regelgerechtigkeit bestehen, können die sozialstaatlichen Elemente sowohl Bedarfs- als auch Chancengerechtigkeit sichern.

Obwohl sie verschiedene Gerechtigkeitsmaximen umfassend erfüllt, nimmt die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland immer weiter ab. Dabei besteht dazu kein Anlass: Den schlimmsten Erwartungen zum Trotz stieg die Zahl der erwerbstätigen Personen in Deutschland trotz Wirtschaftskrise an und die Wirtschaftsleistung übersteigt sogar wieder das Vor-

Frage: „Haben Sie von der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eine gute Meinung oder keine gute Meinung?“



krisenniveau. Damit war die Krise in Deutschland deutlich weniger spürbar als in anderen Ländern. Doch was ist die Ursache für die Unzufriedenheit? Bei einer aktuellen Infratest-Umfrage gaben 77 Prozent der Befragten an, die Soziale Marktwirtschaft mache die Reichen reicher und die Armen ärmer. Damit zweifeln auch Bürger mit einem hohen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Status zunehmend an der Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland.



Zur Beseitigung dieser wahrgenommenen Ungerechtigkeit fordern die Gegner der Sozialen Marktwirtschaft vielfach eine stärkere staatliche Umverteilung durch Steuern und Transfers. Doch die Soziale Marktwirtschaft ist nur dann in der Lage, Wohlstand für alle zu sichern, wenn ihre grundlegenden Prinzipien eingehalten werden: Zunächst kommen die offenen Märkte zur Wohlstandsgenerierung und erst dann der Staat mit geringfügiger Umverteilung. Statt den erwirt-

schafteten Reichtum aufzuteilen, ist es die Aufgabe des Staates, Chancengerechtigkeit zu schaffen, um allen Menschen eine Teilhabe zu ermöglichen – und so die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern wird der Bedarf an ebensolchen Reformmaßnahmen besonders deutlich. Während Deutschland im Internationalen Gerechtigkeitsmonitor 2013 auf Platz 7 von 28 OECD-Staaten und damit im oberen Mittelfeld liegt, belegt die Bundesrepublik gerade einmal Platz 14 bei der Chancengerechtigkeit. Ein verwunderliches Ergebnis angesichts des Gerechtigkeitsverständnisses deutscher Mandatsträger.

Was jeder einzelne Mensch unter Gerechtigkeit versteht, wird auch in Zukunft von dessen individueller Wahrnehmung abhängen. Diese persönliche Einschätzung allein kann und darf jedoch nicht die entscheidende Grundlage für gesamtgesellschaftliche Normen und Regeln bilden. Auf gesellschaftlicher Ebene muss der Ordnungsrahmen stets möglichst viele Dimensionen von Gerechtigkeit berücksichtigen, die in einem fortwährenden gesellschaftlichen Diskurs ausgehandelt und weiterentwickelt werden. Eine wichtige Grundlage für diese Debatte bildet die Systematisierung der Gerechtigkeitsdimensionen. Anhand dieser Indikatoren ist es möglich, eine differenziertere Antwort auf die Frage zu geben, welche Wirtschaftsordnung in welchen Dimensionen als gerecht angesehen werden kann. Es wird deutlich, dass die Soziale Marktwirtschaft mehr Gerechtigkeitsdimensionen erfüllt als sozialistische oder nur über den Markt gesteuerte Wirtschaftsordnungen. Sie belohnt Leistung, bietet jedem die gleichen Chancen und sorgt dennoch dafür, dass auch diejenigen, die ihr Auskommen nicht durch die eigene Leistung sichern können, von der Gesellschaft aufgefangen werden.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

Georgenstraße 22 · 10117 Berlin
T 030 27877-171 · F 030 27877-181

info@insm.de insm.de facebook.com/marktwirtschaft

INITIATIVE
NEUE  SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT